

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/141

27. Juli 1976

Die Öffnung der Hochschulen

Die Verantwortlichen müssen sich der Herausforderung stellen

Von Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

444 Tage Patt an der Saar sind genug

SPD-Realismus steht gegen CDU-Rechtsherei

Von Friedel Läßle MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Saar und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Aus dem Reich des Alfred Dregger

Ein CDU-Mann wirft der CDU die Brocken hin

Seite 5 / 37 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Offener Brief

Seite 6 und 7

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 80 348 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Öffnung der Hochschulen -----

Die Verantwortlichen müssen sich der Herausforderung stellen

Von Prof. Dr. Reimut Jochimsen

Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Wer die Diskussion um die Öffnung der Hochschulen und die Eindämmung des Numerus clausus in den letzten Monaten verfolgt hat, weiß: Bundeskanzler Helmut Schmidt hat mit seiner Forderung, "daß der Numerus clausus an den deutschen Universitäten abgeschafft werde mit wenigen Ausnahmefächern", kein leeres Versprechen in die erhitzte Wahlkampfarena geworfen. Er hat damit vielmehr angekündigt, was aufgrund vielfältiger, gründlicher und oft langwieriger Vorarbeiten möglich und notwendig ist.

Das wird ganz offenbar von vielen der in diesem Bereich Verantwortlichen und Beteiligten ebenso beurteilt. So hat z.B. die Westdeutsche Rektorenkonferenz ihre Bereitschaft erklärt, daran mitzuwirken, daß die deutschen Universitäten und Hochschulen für eine begrenzte Zeit eine Überlastung hinnehmen, um die große Zahl Studierwilliger aus den geburtenstarken Jahrgänge nicht gegenüber Angehörigen anderer Jahrgänge zu benachteiligen. Der Wissenschaftsrat hat Empfehlungen zur Neustrukturierung des Studienangebotes gemacht, die ebenfalls zu einem vergrößerten Angebot von Studienplätzen führen sollen. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat in ihrem Bericht zur Effizienz des Bildungswesens ihrerseits den Regierungschefs einstimmig Schritte zur besseren Kapazitätsnutzung der Hochschulen und zur Verbesserung des Lehrangebots vorgeschlagen, die ohne Verzug verwirklicht werden können. Und verwirklicht werden sollten.

Das allerdings ist die entscheidende Klippe. Denn jetzt sind die Bundesländer - in fast allen diesen Fragen unmittelbar zuständig - am Zuge. An ihnen liegt es, ob und wann das, was machbar ist, auch gemacht wird. Oder ob aus kurzzeitigen politischen Erwägungen Lebens- und Zukunftschancen von vielen hunderttausend jungen Menschen interessenabhängiger Machtpolitik geopfert werden.

Nordrhein-Westfalen ist in diesem Zusammenhang mit gutem Beispiel vorgegangen. Das Land hat bereits eine Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen,

mit denen es den Hochschulen helfen wird, die zeitlich befristete Überlastung aufzufangen und zu bewältigen. Andererseits könnten - und müßten - die Kulturfürsten der Opposition jetzt zeigen, ob sie in den von ihnen regierten Ländern zu entsprechenden bildungspolitischen Entscheidungen fähig sind. Oder ob sie angesichts der geburtenstarken Jahrgänge nichts dabei finden, die Chancen der Haupt- und Realschüler, die Chancen vieler Abiturienten drastisch zu schmälern, damit - durch irreführende demagogische Begriffe wie Überqualifizierung oder Akademikerschwemme verschleiert - die Chancen einer möglichst klein gehaltenen Akademikerelite nur recht lange so glänzend bleiben wie seit eh und je. Ob sie wirklich nichts dabei finden, daß die große Mehrheit der Jugendlichen über die berufliche Bildung in eine risiko-belastete berufliche Zukunft gehen soll, während möglichst wenige zukünftige Akademiker unbesorgt in die gemachten Betten zukünftiger Führungspositionen streben können.

Die tatsächliche Möglichkeit, den Numerus clausus wirksam einzudämmen, hat Bundesbildungsminister Rohde mit einem konkreten Sieben-Punkte-Programm untermauert. Daß er den Ländern damit den Weg zur schrittweisen Öffnung der Hochschulen im Jahr 1977 gewiesen hat, kann man auch an der Tatsache ablesen, daß die bildungspolitischen Sprecher der Opposition im Bundestag, das Programm zwar kritisieren, aber für eigene Vorstellungen abschreiben.

Auf der Grundlage dieses Programms hat Bundeskanzler Helmut Schmidt den Ministerpräsidenten der Länder einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Jetzt liegen die weiteren Entscheidungen über die Öffnung der Hochschulen bei den Verantwortlichen und Zuständigen: bei den Ländern. Sie müssen den politischen Willen haben, sich der Herausforderung zu stellen und das sowohl Notwendige als auch Machbare zu tun.

Zugleich muß in den Hochschulen das neuerdings geweckte Bewußtsein für Kapazitätsnutzung und Effizienz gestärkt werden. Dies erfordert die Mitarbeit aller Gruppen an den Hochschulen. Die Instrumente liefert ihnen das neue Hochschulrahmengesetz. Damit seine Vorschriften und Regelungen über Studienreform, Abbau der überlangen Studienzeiten, Fachwechsel aufgrund mangelnder Studienberatung ohne Verzug angewendet werden, wird die SPD ihre bildungspolitische Offensive unbeirrt und beharrlich fortsetzen. (-/27.7.1976/vd/ee)

+ + +

444 Tage Patt an der Saar sind genug

SPD-Realismus steht gegen CDU-Rechthaberei

Von Friedel Läßle MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Saar und Mitglied des SPD-Vorstandes

"444 Tage Patt an der Saar sind genug" - mit dieser unmißverständlichen Losung (rund 100 000 mal in aller Frühe am Morgen der Landtagsdebatte in Form eines Flugblattes vor saarländischen Betrieben, Gruben, Hütten, Bahnhöfen und Rathäusern von allen SPD-MdLs verteilt) waren die saarländischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in die letzte Sitzung vor der Sommerpause gegangen. 444 Tage - vom Tag der Landtagswahl am 4. Mai 1975 bis zum Tag des "Flagge-Zeigens" am 21. Juli 1976 - genügten der CDU-Landesregierung nicht, um die Konsequenzen aus dem Votum der Bürger zu ziehen. Der Verlust ihrer absoluten Mehrheit war eines der Ergebnisse, der Gleichstand der Mandate von CDU auf der einen (25) und der durch eine Koalitionsaussage verbundenen SPD (22) und FDP (drei) auf der anderen ein anderes Ergebnis.

Noch in der Wahlnacht hatten die Sozialdemokraten Neuwahlen als saubersten Weg aus dem politischen Patt angeboten. Bis zu einer Neuwahl, wobei schon damals der Tag der Bundestagswahl im Oktober 1976 als am geeignetsten angesehen wurde, sollte eine Allparteienregierung zeitlich begrenzt die politische Verantwortung für das Land übernehmen. Beide Vorschläge sind von der CDU-Landesregierung abgelehnt worden.

Selbst ein kurzer Blick hinter die Kulissen genügt schon, um die Fadenscheinigkeit der CDU-Ablehnungsargumente zu dokumentieren. Bei allen Formen und Wegen, dem Land eine neue handlungsfähige Regierung zu geben, die sich auf eine demokratisch-moralische Legitimation stützen kann (was diese Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Röder aber eben nicht kann), stünde auch die Position des Ministerpräsidenten zur Disposition. Doch auch hier fehlt die Einigkeit in der Union. Röder will sein 20-jähriges Jubiläum als Ministerpräsident feiern; sein innerparteilicher Widersacher, der CDU-Landesvorsitzende und Kultusminister Werner Scherer, will endlich ren.

Von 67 auf 51 vH gesunken ist - innerhalb weniger Monate nach der Landtagswahl - die Zufriedenheit der Saarländer mit der Arbeit der Landesre-

gierung. Daß die Wahlchancen eben dieser Landesregierung dadurch gestiegen sein sollen, wie mit anderer Begründung die CDU glaubhaft machen will, entbehrt der Logik...

Die Landtagsitzung vom 21. Juli - in der aufgrund der besonderen verfassungsrechtlichen Situation nicht über einen formellen Antrag zur Landtagsauflösung, sondern über einen Antrag, der alle notwendigen Maßnahmen zur Landtagsauflösung einleiten sollte, beraten und abgestimmt wurde - und das klare Nein der CDU zu dem Weg, der zu mehr landespolitischer Klarheit geführt hätte, brachte keine Entscheidung über das Patt, sondern nur seine neuerliche Dokumentation und eine weitere Verzögerung der notwendigen Entscheidung.

Nach wie vor gibt es nur zwei Wege, die aus der Sackgasse des Patts herausführen:

- Eine Koalition unter Einschluß der CDU. Diese Allparteienregierung wird von der CDU abgelehnt; die Große Koalition wird von der SPD abgelehnt; die Kleine Koalition wird von der FDP abgelehnt, allerdings "zum jetzigen Zeitpunkt" und weil man "nicht gerade eine Neigung" dazu verspürt.

- Neuwahlen. Sie sind nach wie vor der sauberste Ausweg aus dem politischen Patt; das klare Bekenntnis der Sozialdemokraten zu Neuwahlen darf allerdings von der CDU nicht als Blankovollmacht und Papierschein mißverstanden werden - dies gilt nicht zuletzt fürs Timing; die Bedenken der CDU, Neuwahlen zusammen mit der Bundestagswahl durchzuführen (trotz Kostenersparnis, trotz höherer Wahlbeteiligung, trotz niedrigster Prozentsätze für extreme Parteien) bedeutet nicht, daß die Sozialdemokraten jeden x-beliebigen Termin akzeptieren könnten.

Im Übrigen hat der FDP-Fraktionsvorsitzende Werner Klump zweifellos Recht wenn er davon spricht, daß der "Schwarze Peter bei der FDP" sei. Die Liberalen haben einen Schlüssel zur Ablösung der CDU-Landesregierung in ihren Händen: die Verweigerung des Haushaltes.

Wer politischen Realismus groß schreibt, wird - trotz vielfältiger Vorbehalte - einer Allparteienregierung mehr abgewinnen müssen als tagespolitisches Geschmäcklertum erlauben mag. Eine Allparteienregierung wäre keineswegs dem Wählerwillen konträr: sie brächte den Entzug der absoluten Mehrheit der Mandate und den Verlust der beherrschenden Positionen auf CDU-Seite und die Stärkung der sozialliberalen Positionen gleichgewichtig zum Ausdruck. Die formale Entsprechung einer Allparteienregierung mit dem Wahlergebnis vom 4. Mai wird - angesichts der landespolitischen Probleme - fast zur Notwendigkeit. Enorm hohe Fluktuationsquoten, Schlußlichtpositionen im Ländervergleich, Spitzenstellungen bei Arbeitslosenzahlen, 500 Millionen DM Bruttokreditbedarf bei 2,6 Milliarden DM Gesamthaushaltsvolumen: Das sind nur einige Spitzen, die den Eisberg landespolitischer Probleme als Resultat über 20-jähriger CDU-Fehler und -Versäumnisse andeuten.

Was wird geschehen? Die CDU wird auf eine Koalition mit der FDP drängen. Eine solche Koalition scheint für die CDU die einzige Möglichkeit, um zu einer regierungsfähigen Mehrheit bei gleichzeitiger Teilung der Verantwortung zu kommen. Wie allerdings der FDP eine solche Regierungsbeteiligung zu Gesicht stehen wird, welche politischen Konsequenzen für 1980 das haben wird und wie ihre Wähler reagieren werden, das weiß die FDP wohl selbst am besten. Daß die CDU ihre Koalitionsangebot an die FDP nach dem 3. Oktober mit Verve vortragen wird, dafür spricht nicht zuletzt eine Rechenübung der CDU-Fraktionsvorsitzende Ferdi Behles. Es seien keine 444 Tage Patt, sondern - vom Tag des offiziellen Beginns der 7. Legislaturperiode am 14. Juli 1975 an gerechnet - nur 374 Tage. Nach seiner Rechnung ist die "Marke 444" erst drei Tage vor der Bundestagswahl im Oktober erreicht. Vielleicht hat die CDU dann genug vom Patt....

(-/27.7.1975/mie/e)

Aus dem Reich des Alfred Dregger

Ein CDU-Mann wirft der CDU die Brocken hin

Wenige Monate vor der Bundestagswahl hat es in der Wiesbadener CDU Ärger gegeben. Aus tiefer Verbitterung über den immer weiter nach rechts abdriftenden Kurs des CDU-Kreisverbandes Wiesbaden unter dem Dregger-Adlatus Manfred Kanther, hat ein Mitglied der Sozialausschüsse und "Mann der ersten Stunde" jetzt das Handtuch geworfen: "Die CDU ist nicht mehr die Partei Adenauers, sondern nur eine Clique machtbesessener Mächtigerne." Und: "Schon seit einiger Zeit hatte ich den Verdacht, daß sich in der CDU fast nur noch bestimmte einflußreiche Leute (Bankdirektoren, Aufsichtsräte, Ministerialräte usw.) durchsetzen, und zwar auf Kosten der einfachen Angestellten oder Arbeiter."

Der diese Zeilen an Hans Joachim Jentsch, den Kreisvorsitzenden der CDU schrieb, war nicht etwa ein "einfaches" Mitglied. Kurt Rosenthal hat im Wiesbadener Stadtteil Heßloch eine Stadtbezirksgruppe aufgebaut, war dort Vorsitzender und vertrat die CDU im Ortsbeirat. Außerdem war Rosenthal auch stellv. Vorsitzender der Wiesbadener Sozialausschüsse.

Für eingeweihte Beobachter kommt eine solche Aktion nicht unerwartet, wenn auch in der Form als Offener Brief immerhin überraschend. In der CDU der Landeshauptstadt gibt es schon lange, seit dort der Landeengeschäftsführer Manfred Kanther das Steuer stramm auf Dreggers Rechtsaußen-Kurs gelegt hat. So wurde beispielsweise auch der CDU-Kreisvorsitzende Dr. Hans-Joachim Jentsch bei seiner Wahl nur mit der niedrigsten Zahl der Stimmen gewählt, weil man ihm übel genommen hat, daß er die Partei ganz auf den Kanther-Kurs eingeschworen hat. Und damals als man vor einiger Zeit die Liste für die im März 1977 in Hessen anstehende Kommunalwahl aufstellte, zeigte sich einmal mehr, daß in der CDU Wiesbadens nur die stramm rechtsaußen angesiedelten Mitglieder das Sagen haben, während für alle anderen nur die Plätze nach Listenplatz 30 frei waren. Auch dann, wenn einige von ihnen früher bereits unter den ersten zehn der Wiesbadener CDU-Kommunalpolitiker rangierten.

Mitglieder der Sozialausschüsse wurden von Jentsch, so Kurt Rosenthal, "zynisch belächelt und infolgedessen nicht gewählt." Und der Ex-Sozialausschubmann hat noch weiter Details parat: "Ebenso konnte sich ein nahezu unbekannter Geschäftsführer gegen den wesentlich aktiveren und geeigneteren Sozialarbeiter E. Munther nur deshalb durchsetzen, weil Kanther ihn unterstützte."

Fazit des enttäuschten CDU-Anhängers: "Es ist also nicht Qualifikation, sondern blinde Gefolgschaft, die sich in dieser Wiesbadener CDU auszahlt."

(Siehe dazu den Rosenthal-Brief auf den Seiten 6 und 7)

(Hermann Wygoda)
(-/27.7.1976/mie/e)

+ + +

Kurt Rosenthal

62 Wiesbaden Heßloch
Steinkopfstr. 1
Kultur (06191) 541781

O f f e n e r B r i e f

Herrn

Dr. Hans-Joachim Jentsch
CDU-Kreisvorsitzender

Kreisverband Wiesbaden
Adolfstraße 27-29

6100 Wiesbaden

10. Juni 1976

sehr geehrter Herr Doktor Jentsch!

Hiermit erlaube ich mir, Ihnen meinen Austritt aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zu erklären. Damit ist die Niederlegung meines Vorsitzendenamts in der Stadtbezirksgruppe Wi-Heßloch, die Nichtmehrvertretung als CDU-Mann im Ortsbeirat Wi-Heßloch und der Rücktritt als stellvertretender Vorsitzender der Sozialausschüsse im Kreisverband Wiesbaden verbunden.

Damit nicht unklar bleibt, was mich nach fast 5jähriger aktiver Mitarbeit in der CDU zu diesem Entschluss gebracht hat, will ich die Gründe hierfür kurz zusammenfassen. Schon seit einiger Zeit hatte ich den Verdacht, daß sich in der CDU fast nur noch bestimmte einflußreiche Leute (Bankdirektoren, Aufsichtsräte, Ministerialräte usw.) durchsetzen, und zwar auf Kosten der einfacheren Angestellten oder Arbeiter. Was zunächst nur Vermutung war, hat sich mir endgültig auf dem letzten Kreisparteitag bestätigt, als es Ihnen gelang eine Stadtverordnetenmannschaft durchzusetzen, die sich fast ausschließlich aus uralten, urkonservativen oder den oben genannten einflußreichen Leuten zusammensetzt. Meine Leute, die nicht nur nach meiner Ansicht alles andere als qualitativ für das Amt eines Stadtverordneten sind, wurden Dank Ihrer, sowie Kauthe's und Pirchaber's Unterstützung gewählt, während andere verdiente Parteimitglieder und Vertreter der Sozialausschüsse, der Arbeitnehmer also, von Ihnen zynisch belächelt und infolgedessen nicht gewählt wurden. Sie haben zum Beispiel den Bankdirektor Fents, der erst seit kurzem Parteimitglied ist gegen den wesentlich qualifizierteren Heuser oder Vorsitzenden unterstützt und durchgesetzt. Ebenso konnte sich ein nahezu unbekannter Geschäftsführer gegen den wesentlich aktiveren und geeigneteren Sozialarbeiter E. Munter nur deshalb durchsetzen, weil Kauthe ihn unterstützte. Es ist also nicht Qualifikation, sondern blinde Gefolgschaft, die sich in dieser Wiesbadener CDU auszahlte.

Ich möchte nicht mißverstanden werden: Mir geht es nicht um einen Stadtverordnetenposten, sondern um die heuchlerische Art und Weise, mit der man als Sozialausschußmann bei Wahlen vorgezeigt wird und dann aber innerhalb der CDU rücksichtslos ausgepickt wird. Dieses Spiel mache ich nicht mehr mit. Ich lasse mich nicht mehr von Ihnen, Kauthe und Pirchaber dazu benutzen, um als Sozialausschußmann Ihre rücksichtslose Machtpolitik zu verucheln.

27. Juli 1976

Wenn Sie, als ein mit Ausbildung, Geld und anderen Vorteilen reich beschenkter es vorziehen, für die Bevorteilten Politik zu machen, so ist das Ihre Sache. Keine wird es in Zukunft sein, für diejenigen mich einzusetzen, die nicht so viel Glück wie Sie und Ihre Freunde hatten, nämlich die einfacheren Arbeitnehmer. Warum sollte ich weiterhin Leute unterstützen, die sowieso oben schwimmen und sich nur allzugut selbst durchsetzen können (siehe Kreisparteitag!), wo ich doch selbst nur unter mancherlei Entbehrungen über den Zweiten Bildungsweg zu etwas Kenntnissen und einigen wenigen Vorteilen gelangt bin?

Ich kann es einfach nicht mehr mit meinem Gewissen vereinbaren, andere suchende Menschen durch meine CDU-Mitgliedschaft zu verwirren und für eine derartige Partei anzuwerben. Für eine Partei nämlich, in der ein Dregger Innenminister werden soll, deren Wahlaussage "Freiheit oder Sozialismus" lautet, und in der ein Firnhaber (geschätztes Monatseinkommen als Geschäftsführer und Landtagsabgeordneter: DM 8.000,-) Vorsitzender der Sozialausschüsse ist.

Die CDU ist nicht mehr die Partei Adenauers, sondern nur noch eine Clique machtbesessener Mächtigerne. Auch die Verhältnisse in der betrübten Wiesbadener CDU beweisen es.

Dies sind die wesentlichen Gründe weshalb ich aus der "Christlich Demokratischen Union", die keine Alternative mehr ist, austrete. Meine Erfahrungen in der CDU waren nicht unsonst, denn nun kann ich für den Rest meines Lebens mit absoluter Überzeugung andere Menschen davon abhalten, die Machtpolitik zu unterstützen, deren Anwalt Sie in Bonn werden wollen. Sie können sicher sein, daß ich im bevorstehenden Bundestagswahlkampf allen Menschen, die ich treffe, nur noch die SPD und die FDP empfehlen werde, denn Ihr "Sieg" (oder wie Sie das nennen) muß verhindert werden.

Als "Demokrat" werden Sie hoffentlich nichts dagegen haben, wenn ich diesen Brief als offenem behandle, zumal es angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes nichts schaden kann, wenn unsere unterschiedlichen Auffassungen vor der Öffentlichkeit nicht (wieder) verheimlicht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Rosenthal

Kurt Rosenthal